

# Der Wettbewerb ist eröffnet – Gute Köpfe braucht das Land!

Von Rainer Wendt, Bundesvorsitzender

Etwas Weihnachtsgeld hier, Freie Heilfürsorge dort, Einsatzzulage für die Bereitschaftspolizei in einem Land, höheres Eingangsamt in einem anderen – der Wettbewerb ist eröffnet. Etliche Länder sind darum bemüht, mit vielfältigen Maßnahmen in der harten Konkurrenz um die besten Anwärtinnen und Anwärter für die Polizei die Nase vorn zu haben. Das ist auch dringend nötig, denn Nachwuchs wird überall händeringend gebraucht.

Vor allem dort, wo in den vergangenen Jahren massiv gekürzt und gestrichen wurde, ist der Druck riesig, das ist gut so. Fatalerweise gibt es ja nicht nur wegen der Zunahme an Aufgaben und Einsätzen die Notwendigkeit, neue Planstellen zu schaffen. Vielmehr haben manche Ministerien offenbar die Geburtstagslisten ihrer Beschäftigten jetzt erst wiedergefunden und festgestellt, dass Tausende Kolleginnen und Kollegen alsbald ihre Lebensarbeitszeitgrenze erreichen und in den Ruhestand gehen.

Diejenigen, die für dieses politische Desaster verantwortlich sind, treten jetzt völlig ungehört vor die Kameras und verkünden der staunenden Öffentlichkeit, dass es in der Polizei eine demografische Schieflage gibt und man nun dringend mehr junge Menschen braucht, um die Einsatzfähigkeit zu sichern. Man möchte ihnen eigentlich ein fröhliches „Guten Morgen“ zurufen, wenn die Situation nicht so ernst wäre.

Der Druck im Kessel wächst, zumal die Schlafmützenpolitik ja nicht auf die Polizei beschränkt war. Zigtausende Lehr-, Pflege-, Justizkräfte,



> Rainer Wendt

Personal in Rathäusern und Kitas – der unverantwortliche Personalabbau und der Stillstand in der Personalentwicklungspolitik rächen sich jetzt. Hinzu kommt die „Mutter aller Reformen“, wie die Föderalismusreform einmal genannt wurde. Sie hat die Länder in Konkurrenz gegeneinander gebracht, die sich jetzt völlig offen und recht schamlos um die Besten auf dem Bewerbungsmarkt balgen.

Wir haben alles das vorausgesagt. Vor allem die weniger leistungsfähigen Länder haben jetzt das Nachsehen und sind im brutalen Wettbewerb mit den reicheren häufig unterlegen. Auch das war längst absehbar. Alle Bedenken gegen die Föderalismusreform wurden damals vom Tisch gefegt; jetzt werden die politisch Verantwortlichen von ihrem Versagen eingeholt.

Stellen abgebaut, Zulagen und Einkommen gestrichen oder gekürzt, Einkommenszuwächse jahrelang verweigert, die Phantasie einiger Länder kannte keine Grenzen, wenn es darum ging, den Beamtinnen und

Beamten und ihren Familien schamlos in die Taschen zu greifen, also auf ihrem Rücken „Sparen, bis es quietscht“, bis an die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit und teilweise darüber hinaus.

Die Berliner Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik hat in einem Interview weitere Schritte genannt, die junge Menschen dazu motivieren könnten, sich bei der Hauptstadtpolizei zu bewerben. Recht hat sie. Preiswerter Wohnraum oder der Führerschein auf Behördenkosten – die Dienstälteren kennen das alles noch. Und was früher gut und richtig war, ist heute nicht falsch.

## ■ Faire Besoldung als Ziel

Rätselhaft bleibt allerdings, warum sich die politische Führung der Polizei Berlin nicht mit einem Spitzenplatz auf der Rangliste für die Besoldung, sondern nur mit dem Bundesdurchschnitt auseinandersetzt und damit schon stolz darauf ist, die rote Laterne abgegeben zu haben. Mittelmaß als Ziel für eine Belegschaft, die sämtliche hauptstadtbedingten

Sonderlasten zu tragen hat? Das kann doch wohl nicht sein.

Es mag zwischen den Ländern unterschiedliche Strukturelemente geben, die zwischen der Politik und Berufsvertretung ausgehandelt werden. Solche Unterschiede sind vertretbar und landesspezifisch begründbar, beispielsweise in der Gesundheitsfürsorge oder anderen Bereichen.

Dies gilt nicht bei der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die muss überall wiederhergestellt werden. Schließlich nehmen alle Beschäftigten die Belastungen ihres dienstlichen Lebens mit in den Ruhestand. Schon an den abenteuerlichen Begründungen der Verweigerer wird deutlich, dass auch diese Streichung nichts anderes, als unverantwortliche Sparpolitik auf dem Rücken verdienter Kolleginnen und Kollegen war. In Bayern war sie nie abgeschafft, in Nordrhein-Westfalen wurde sie wieder eingeführt, da müssen alle anderen folgen.

Es ist auch nicht begründbar, wenn teilweise riesige Unterschiede in der Bezahlung herrschen, obwohl das Besoldungsamt dasselbe ist. Das war und ist noch immer einer der größten Fehler der „Föderalismusreform“. Auf dem Niveau der höchsten Besoldung müssen deshalb alle anderen nachziehen, um diese Ungerechtigkeiten endlich zu beseitigen. Und sage niemand, solche Gehaltsprünge seien nicht umsetzbar oder finanzierbar. Das ist falsch, Geld ist genug da, man muss nur wollen.

Die Polizei in Deutschland leistet gute Arbeit. Höchste Zeit für gute Politik. ■